

US-Demokraten: Rückzug aus dem Klimaaktivismus (Bezahlbarkeit von Energie, Wahlchancen im Spiel)

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2026

Robert Bradley Jr., [MasterResource](#)

„Der Kurswechsel von New Yorks Gouverneurin Hochul könnte für Demokraten im ganzen Land zum Vorbild werden, versuchen sie doch verzweifelt, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die Probleme im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten – einschließlich der Energiekosten – im Vorfeld der Zwischenwahlen entschlossen angehen.“ – Politico, 7. März 2026

Wenn Sie das nächste Mal hören, dass Klimapolitik bezahlbar ist oder dass Wind- und Solarenergie Geld sparen, schauen Sie aus dem Fenster. Was sagen die Verbraucher? Was sagen Politiker, die unter dem Druck der Bezahlbarkeit stehen? Keine noch so große Anzahl von Studien oder Panikmache zum Thema Klima kann widerlegen, was in der realen Welt geschieht. Energiepreise und Energieökonomie spielen eine wesentliche Rolle.

Die Gouverneurin von New York Kathy Hochul

Demokratische Politiker nehmen heute Abstand von den ehrgeizigen Klimazielen der Vergangenheit. Man beachte diesen [Artikel](#) in Politico [Titel übersetzt]: „Belastet den Geldbeutel der Bürger‘: Hochul drängt auf eine Einschränkung des wegweisenden Klimagesetzes.“

„Die Gouverneurin von New York drängt aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Finanzierbarkeit auf Änderungen am wegweisenden Klimagesetz des Bundesstaates, was den landesweiten Konflikt zwischen hohen Energiepreisen und Umweltzielen reflektiert“, berichtet Marie French und fügt hinzu:

Dies ist eine erhebliche Kehrtwende für Gouverneurin Kathy Hochul, die einst auf internationaler Ebene für New Yorks Klimaschutzbemühungen [eintrat](#) und Genehmigungen für Gaskraftwerke [ablehnte](#). Die gemäßigte Demokratin hat die Weichen gestellt, um in den kommenden Wochen in den geheimen Haushaltsverhandlungen hinter verschlossenen Türen in Albany auf Änderungen hinzuwirken. Der 2019 gesetzlich verankerte „Green New Deal“ des Bundesstaates ist in Gefahr. Mit Hochuls Worten: „Es gab so viele unvorhergesehene Faktoren. Es werden enorme Kosten entstehen.“

Der Rückzieher des Staates New York „könnte den bedeutendsten Rückschlag für den Klimaschutz in einer liberalen Hochburg darstellen, seit die Progressiven das Konzept des ‚Green New Deal‘ aufgegriffen haben“ – ist

Teil eines größeren Ganzen. French:

Hochuls Haltung reflektiert einen nationalen Wandel innerhalb der Demokraten in der Energiepolitik, weil diese sich angesichts kurzfristiger Herausforderungen bzgl. der Umsetzung und einer scheinbar unüberwindbaren Opposition der US-Bundesregierung gegen saubere Energie wieder verstärkt auf die Bezahlbarkeit konzentrieren. Auch potenzielle Präsidentschaftskandidaten für 2028 – der Gouverneur von Pennsylvania Josh Shapiro und der Gouverneur von Kalifornien Gavin Newsom – haben einige klimafreundliche Vorschläge gebremst oder ganz aufgegeben.

Darüber hinaus berichtet French: „Hochuls Kurswechsel könnte für Demokraten im ganzen Land zum Vorbild werden, da sie verzweifelt versuchen, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die Probleme im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten – einschließlich der Energiekosten – im Vorfeld der Zwischenwahlen entschlossen angehen.“

Was die Kosteninflation betrifft – die Gegner als „Green New Deal-Betrug“ bezeichnen –, warnt Hochul, dass die CO2-Bepreisung die Benzinpreise um 2,23 Cent pro Gallone und die Heizkosten um über 3.000 Dollar pro Jahr in die Höhe treiben könnte.

Kritiker der Rücknahme räumen ein, dass die Erschwinglichkeit von Energie (soziale Gerechtigkeit?) wichtig ist. Aber sie behaupten fälschlicherweise, dass Wind-, Solar- und andere erzwungene Klimamaßnahmen Geld sparen. Nein: Hören Sie zur Abwechslung einmal auf die Öffentlichkeit und Ihre eigenen Politiker.

Sheldon Whitehouse hält durch

Ähnlich lautete der Tenor in einem weiteren [Artikel](#) von POLITICO mit dem Titel [übersetzt] „Demokraten scheuen sich vor Klimathemen. Einer der ihnen wehrt sich“ (25. Januar 2026). „Einer der lautstärksten Klimaschützer im Kongress versucht, einen Vorstoß innerhalb seiner Partei abzuwehren, die Forderungen nach Bekämpfung des Klimawandels aufzugeben, während linksgerichtete Agenda-Setter planen, bei den Zwischenwahlen beide Kammern des Kongresses zurückzugewinnen“, schreiben Amelia [Davidson](#) und Kelsey [Brugger](#) zu Beginn. Das politische Problem?

Nun zeigen die Demokraten zunehmend, dass sie zu dem Schluss gekommen sind, es sei ein aussichtsloses Unterfangen, damit zu werben, wie sie die Produktion fossiler Brennstoffe eindämmen wollen, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels abzuwenden. Stattdessen konzentrieren sie sich auf Maßnahmen, welche die Energiekosten senken sollen, und greifen dabei massiv auf Argumente zur Erschwinglichkeit zurück, die von Trump und den Republikanern im Kongress vorgebracht werden.

Der Rückzug des Klimaaktivismus' als Thema am Esstisch wird zunehmend bemerkt. „Ist das wirklich das nächste Kapitel der Klimabewegung?“, [fragte](#) Stephen Lacey, Mitbegründer und Chefredakteur von [Latitude Media](#),

einer Publikation, die „die neuen Grenzen der Energiewende beleuchtet“.

Davidson und Brugger weiter:

Falls dem so ist, wird dies lediglich dazu führen, dass die Wähler noch weiter verprellt werden. Der progressive Ansatz zur Klimamobilisierung hat es weitgehend versäumt, tragfähige Bündnisse und politische Strategien aufzubauen. Die Wahl Trumps hat deutlich gezeigt, dass die Themen am wichtigsten sind, welche die Menschen am eigenen Leib spüren. Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation, in der die Menschen Schwierigkeiten haben, ihre Energierechnungen zu bezahlen – und das soll die Antwort sein? Ich stimme Michael Liebreich zu, dass wir einen tiefgreifenden, pragmatischen Neustart in der Klimapolitik brauchen.

Ein Megatrend

MasterResource hat die sich wandelnde Politik rund um den Klimalarmismus und die erzwungene Energiewende verfolgt. Beachten Sie allein schon die folgenden Beiträge aus dem letzten Jahr.

- Climate Change and Energy: World Leaders in Turmoil (February 9, 2026)
- U.S. Out of Paris Climate Agreement (January 28, 2026)
- Another Exit: Ultra Low Carbon Solar Alliance (January 23, 2026)
- Climate Retreat: Economic, Natural, Positive (January 22, 2026)
- Rejecting Climatism: Trump Withdraws from UNFCCC, 66 International Organizations (Steve Goreham: January 14, 2026)
- Climate Policy 2025: Much Good News (January 13, 2026)
- Climate Fundraising Update: Hope amid Doom (December 19, 2025)
- Firing Globalism on Climate Alarm (EO 14199) (January 8, 2026)
- “Climate Pragmatism”: The New Retreat (September 28, 2025)
- Solar Bankruptcies: The New Normal (August 20, 2025)
- Green Retreat: The Early Trump Effect (May 15, 2025)

Der Rückzug begann bereits vor der zweiten Amtszeit Trumps, als die weltweite Politik gegen fossile Brennstoffe angesichts der energie- und wirtschaftspolitischen Realitäten ins Stocken geriet. Frühere Beiträge umfassten:

- The ‘Energy Transition’: Learning and Retreat at BP (Allen Brooks: February 22, 2023)
- Climate Retreat: Thomas Friedman on COP26 (November 17, 2021)
- “Why We Won’t Quit the Climate Fight” (the growing futility, despair of climate alarmists) (February 12, 2019)

Anhang: Ein breiteres Problem

Auf das übergeordnete Problem der Übernahme der Demokratischen Partei durch die progressive Linke wurde bereits in den vergangenen Monaten hingewiesen. Hier einige Zitate aus der New York Times:

Ich sehe nicht, wie eine „kämpferische“ Demokratische Partei darauf hoffen kann, den Senat zurückzugewinnen, geschweige denn das aufzubauen, was jeder kämpferische Liberale angeblich will – nämlich jene dauerhafte Mehrheit, die den Trumpismus und den Populismus tatsächlich an den Rand drängen könnte –, wenn sie sich nicht eingesteht, dass es bei den Ereignissen von 2024 nicht nur um Joe Bidens Alter oder Elon Musks Algorithmus ging. Es war auch ein ideologisches Referendum, und der Progressivismus hat verloren.

– Ross Douthat, „Es ist offensichtlich, warum Harris 2024 verloren hat. Aber können die Demokraten das akzeptieren?“ New York Times (1. November 2025)

„Innerhalb der Demokratischen Partei – in ihren Hinterzimmern und Gruppenchats, auf ihren Konferenzen und in ihren Online-Streitgesprächen – hat sich eine zunehmend erbitterte Debatte darüber entfacht, wie sich die Partei wandeln muss, um den Trumpismus zurückzudrängen. Muss sie populistischer werden? Moderater? Sozialistischer? Sich die Agenda des Überflusses zu eigen machen? Mehr hochformatige Videos produzieren?

„Die Antwort lautet: Ja, ja zu all dem – aber zu nichts davon im Besonderen. Die Demokratische Partei muss sich nicht dafür entscheiden, nur eine Sache zu sein. Sie muss sich dafür entscheiden, mehr Dinge zu sein.“

„Das erfordert einen pluralistischeren Ansatz in der Politik. Es erfordert, dass die Demokratische Partei interne Unterschiede als eine Stärke betrachtet, die gepflegt werden muss, und nicht als einen Makel, der beseitigt werden muss. Das ist der Geist, den sie sich zu eigen machen muss. Nicht Mäßigung. Nicht Progressivismus. Sondern, im älteren politischen Sinne des Wortes, Repräsentation.“

„Eine Sorge, die ich derzeit in Bezug auf die Demokraten habe ist, dass sie sich nicht der Tatsache stellen wollen, wie groß der Teil des Landes ist, der mit ihnen nicht einer Meinung ist.“

– Ezra Klein, „So besiegt man Trump – und den Trumpismus.“ New York Times (2. November 2025)

Ob die jüngste Außenpolitik (der Irankrieg) das oben Gesagte umkehrt, bleibt abzuwarten.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/03/19/democrats-retreat-from-climate-activism-energy-affordability-electability-in-play/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE